

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

GZ 10 072/649-1.13/90

**II-789 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

Umweltgerechtes Beschaffungswesen;

Anfrage der Abgeordneten Wabl und  
Freunde an den Bundesminister für  
Landesverteidigung, Nr. 213/JHerrn  
Präsidenten des NationalratesParlament  
1017 Wien214 IAB  
1991-02-15  
zu 213 J

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Wabl und  
Freunde am 19. Dezember 1990 an mich gerichteten Anfrage Nr. 213/J  
beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1:

Im Bundesministerium für Landesverteidigung (Zentralstelle) waren für  
das Jahr 1990 rund 118,5 Mio. S für öffentliche Beschaffungen budget-  
tiert. Wegen des derzeitigen Budgetprovisoriums kann diesbezüglich für  
das Jahr 1991 noch keine Aussage getroffen werden.

Zu 2:

Dem Anliegen einer ökologischen Produktionsweise wird seit Jahren vor  
allem durch eine zunehmende Umstellung auf Recyclingpapier (Umwelt-  
schutz-, Kopier-, Toilettenpapier etc.) besonderes Augenmerk geschenkt.  
Darüber hinaus wird die Umsetzung des Beschlusses der Bundesregierung  
vom 16. Oktober 1990 betreffend eine Änderung der Richtlinien für die  
Vergabe von Leistungen durch Bundesdienststellen auch eine vermehrte  
Mitberücksichtigung umweltschonender Produktionsweisen im Rahmen von  
öffentlichen Ausschreibungen bewirken.

Zu 3 und 4:

In den Jahren 1989 und 1990 wurden durch die Zentralstelle des Bundesmi-  
nisteriums für Landesverteidigung für den Ankauf von Büromaterial ca.  
9,6 Mio. S und für Büroausstattung ca. 27 Mio. S ausgegeben.

Welche Produkte davon im Sinne der Fragestellung "umweltschonend hergestellt" wurden, läßt sich nicht im einzelnen beantworten. Ich darf aber in diesem Zusammenhang bemerken, daß seit 1988 bei der Beschaffung von Büroausstattung weitestgehend auf umweltschonende Produkte (betrifft insbesondere Formaldehyd-, PVC- und FCKW-Emissionen) geachtet wird. Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Umsetzung des vorerwähnten Ministerratsbeschlusses zu einer weiteren Reduzierung der Umweltbelastungen bereits bei der Herstellung von Produkten führen wird.

Hinsichtlich des Büromaterials ist zu bemerken, daß seit geraumer Zeit lösungsmittelfreie Korrekturflüssigkeiten verwendet werden.

Zu 5:

Ja. Im Sinne des oben genannten Ministerratsbeschlusses vom 16. Oktober 1990 werden die für das Ressort geltenden Vergaberichtlinien derzeit bereits entsprechend ergänzt.

Zu 6:

In den Jahren 1989 und 1990 wurden für die Zentralstelle 2 Kraftfahrzeuge (1 Mercedes 300 E 4-Matic Kat und 1 VW-Jetta/CL Kat) angekauft.

Zu 7:

Da mir Schadstoffemissionsvergleiche der von den Anfragstellern gewünschten Art nicht vorliegen, bin ich nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten.

Zu 8:

Seitens der Zentralstelle wurden bzw. werden Pflanzenschutzmittel weder angekauft noch verwendet.

Zu 9:

Entfällt.

Zu 10 bis 12:

Diesbezüglich verweise ich auf die Beantwortung der gleichlautenden Anfrage Nr. 208/J durch den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Zu 13 und 14:

In den Jahren 1989 und 1990 wurden in der Zentralstelle für Putz-, Reinigungs- und Lösungsmittel (insbesondere für Möbelpflege, Fußboden-, Fenster-, WC-Reinigung) ca. S 370.000,-- aufgewendet. Bei der Beschaffung dieser Mittel wird seit geraumer Zeit auf deren Umweltfreundlichkeit bzw. -verträglichkeit besonders geachtet. So wird z.B. überall dort, wo dies möglich erscheint, anstatt aggressiver Mittel Essig verwendet.

Zu 15 bis 20:

Im Bereich der Zentralstelle werden außer für Empfänge und Sitzungen (Getränke, kl. Imbisse) keine Lebensmittel angekauft.

Zu 21:

Ja. Ich verweise auf meine Ausführungen betreffend den Ministerratsbeschluß vom 16. Oktober 1990 über die Änderung der Richtlinien für die Vergabe von Leistungen durch Bundesdienststellen.

Zu 22:

Ja. In der Zentralstelle werden seit dem Jahre 1988 Altpapier und Altglas in Containern gesammelt und getrennt vom übrigen Müll vom Magistrat der Stadt Wien entsorgt. Altbatterien, EDV- und Kopiertonerkartuschen sowie Neonröhren und sonstige anfallende Problemstoffe werden durch eine Privatfirma entsorgt.

14. Februar 1991

